

MEDIENMITTEILUNG

VLG begrüsst Studie zu Schwelleneffekten in der Sozialhilfe

Fehlanreize im Sozialsystem sollen behoben werden

Der Verband Luzerner Gemeinden hat mit grossem Interesse die Ergebnisse aus dem Bericht „Arbeit muss sich lohnen“ zur Kenntnis genommen. Die darin aufgezeigten negativen Anreize (Schwelleneffekte) sind stossend und sollen beseitigt werden. Über die entsprechende Finanzierung muss allerdings noch diskutiert werden. Die Studie gibt den Instrumenten der Sozialhilfe im Kanton und somit nicht zuletzt auch den Gemeinden ein gutes Zeugnis ab.

Pd. Der Bericht „Arbeit muss sich lohnen“ zeugt von hoher Professionalität und es liegt ihm eine schweizweit einzigartige Datenlage zu Grunde. So wurde erstmals erhoben, woher die Luzerner Haushalte ihr Einkommen haben. Es gilt diese einmalige Ausgangslage für die Zukunft zu nutzen und in der Folge auch das Datenmaterial zu pflegen und zu aktualisieren. Der VLG begrüsst daher die Absicht des Kantons in dieser Hinsicht aktiv zu bleiben. Da gerade die Gemeinden die alleinigen Träger der wirtschaftlichen Sozialhilfe und der Alimentenbevorschussung sind und bei der Prämienverbilligung und den Ergänzungsleistungen stark im Verbund mit dem Kanton stehen, begrüssen wir diese umfassende Datenlage auch als Steuerungselement für die künftige Gestaltung der Sozialpolitik für Kanton und Gemeinden. Es darf zur Kenntnis genommen werden, dass die Armutquote nach Abzug der sozialen Transfers bei 4,9% der Haushalte beträgt. Dies ist deutlich unter jener, welche zu Beginn des Jahres 2010 von gewissen Kreisen publiziert wurde.

Sozialstaat funktioniert

Es darf zur Kenntnis genommen werden, dass unsere sozialstaatlichen Leistungen wie Prämienverbilligung, Ergänzungsleistungen, wirtschaftliche Sozialhilfe ihre Wirkung erzielen und dass insbesondere die Gemeinden in dieser Hinsicht aktiv und wirkungsvoll tätig sind. Aufgrund der vorliegenden Projektarbeit ist sich der Verband Luzerner Gemeinden bewusst, dass bei der wirtschaftlichen Sozialhilfe und bei den Ergänzungsleistungen wie auch bei der Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen für Kinder und Jugendliche systembedingte Schwelleneffekte bestehen, welche zu Ungerechtigkeiten bei den untersten Einkommen führen. Eine Milderung oder Beseitigung dieser Schwelleneffekte ist auch staatspolitisch notwendig, bedingt aber zusätzliche finanzielle Mittel, was die Gemeinden finanziell belasten wird. Im Hinblick auf die gegenwärtige Belastung der Gemeinden mit der Steuergesetzrevision sowie der Pflegefinanzierung, wird der VLG zu dieser Frage mit den Mitgliedgemeinden in einen Dialog treten und mögliche Lösungen diskutieren. Der VLG ist aber der Auffassung, dass auf dem bereits bestehenden System der Sozialtransfers aufgebaut werden soll und nicht neue Komponenten ins Spiel gebracht werden sollen.

Veröffentlicht: Montag, 31. Januar 2011

Rückfragen:

- Ruedi Amrein, Präsident (G: 041 925 80 55; N: 079 299 37 42)
- Erwin Arnold, Leiter Bereich Gesundheit und Soziales (G: 041 444 20 40; N: 079 655 00 94)
- Ludwig Peyer, Geschäftsführer (G: 041 368 58 10; N: 079 344 75 56)